

# Euro – Staats – und Bankenkrise : EU am Abgrund?

Seit 2007 umfasst die Europäische Union 27 Mitgliedsländer.

1957 wurde die EWG gegründet mit den Kernmitgliedsländern: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande.

1973 traten Dänemark, Großbritannien, Irland bei

1983 Griechenland.

1986 folgten Portugal und Spanien.

1995 kamen Finnland, Österreich und Schweden dazu.

2004 traten Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn, Malta und Zypern bei.

2007 kamen Bulgarien und Rumänien hinzu. Mazedonien, Serbien und die Türkei bewerben sich um die Mitgliedschaft in der EU.

Ab 2007 umschließt die EU auf einer Fläche von 4 Millionen km<sup>2</sup> 495 Millionen Einwohner. Sie ist damit nach China und Indien der bevölkerungsreichste und gleichzeitig wirtschaftlich stärkste Wirtschaftsraum der Erde.

17 Mitgliedsländer der EU sind der Eurozone beigetreten, d.h. sie benutzen eine Währung. 10 Länder sind bei ihrer Währung geblieben. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich im wesentlichen auf die Eurozone.

Bei der Gründung ist den Völkern Europas ewiger innerer Friede und stetig wachsender Wohlstand versprochen worden. Heute befindet sich die gesamte EU in der schwersten Krise ihrer Geschichte. Besonders betroffen ist die Eurozone.

Die Krise wurzelt in der ungleichen ökonomischen Situation der Länder der Eurozone.

Nach der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt gerechnet zu Marktpreisen) lassen sich leicht drei unterschiedliche Gruppen ausmachen

**Das Eurosystem I**

17 der 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) nutzen den Euro als gemeinsame Währung.  
Die Mitgliedsländer dieser Euro-Zone sind:

Belgien	Malta
Deutschland	Niederlande
Estland	Österreich
Frankreich	Portugal
Finnland	Slowakei
Griechenland	Slowenien
Irland	Spanien
Italien	Zypern
Luxemburg	



Die folgenden EU-Länder haben den Euro (noch) nicht eingeführt:

Bulgarien	Polen
Dänemark	Rumänien
Großbritannien	Schweden
Lettland	Ungarn
Litauen	Tschechische Republik

Aus: isw-wirtschaftsinfo 44, April 2011

Anm 1)

BIP EU 16.447.259 US Dollar

USA 14.256.275 US Dollar

Japan 5.006.059 US Dolar

China 4.908.982 US Dollar

Deutschland 3.352.742 US Dollar

Deutschland hat damit bei 1/6 an Bevölkerung 1/5 an Wirtschaftsleistung der EU.

Länder	BIP pro Kopf EU 27 = 100		BIP in jeweiligen Markt- preisen in Mrd. Euro		Steigerung in %
	1998	2008	1998	2008	
Belgien	123	115	228	344	50
Dänemark	132	118	155	232	49,6
Deutschland	122	116	1.952	2.496	27,8
Irland	121	139	79	186	135,4
Frankreich	115	107	1.315	1.950	48,3
Italien	120	100	1.087	1.572	44,6
Luxemburg	217	253	17	37	117,6
Niederlande	129	135	360	596	65,5
Osterreich	132	123	190	282	48,4
Finnland	114	115	116	185	59,5
Schweden	123	121	226	328	45
Ver. Königreich	118	117	1.300	1.816	39,7
Griechenland	83	95	122	243	99,2
Spanien	95	104	537	1.095	103,2
Zypern	87	95	9	17	88,8
Malta	81	76	3	6	100
Portugal	77	75	106	166	56,6
Slowenien	79	90	19	37	94,7
Tschechische Rep.	71	80	55	149	170,9
Estland	42	67	5	16	220
Lettland	30	56	6	23	283
Litauen	41	61	10	32	220
Ungarn	53	63	42	106	152
Polen	48	58	153	362	136,6
Rumänien	0	46	37	137	351,3
Slowakische Rep.	52	72	20	65	225
Bulgarien	27	40	11	34	209

Eigene Statistik. Daten Eurostat 2010

Aus der Tabelle lassen sich einfach drei Zonen mit sehr unterschiedlicher Wirtschaftskraft ablesen.

Die 1. Zone liegt deutlich über dem Durchschnitt = 110

Die 2. Zone liegt im Bereich 60-100

Die 3. Zone liegt im Bereich von 20 bis 60

Die Tabelle zeigt aber auch große Unterschiede in den Wachstumsraten. Sie liegen in der „reichsten“ Zone bei durchschnittlich 50 %, in der mittleren Zone bei durchschnittlich 90 %, in der „ärmsten“ Zone bei durchschnittlich 200 %.

Das ist die Folge eines immensen Geldflusses, begünstigt durch geringe Zinssätze, die aus den Zentren in die Peripherie flossen. Dazu kommen die Zahlungen aus den europäischen Strukturfonds.

Von 2006 bis 2009 flossen allein aus Deutschland nach ...

	Alle Wirtschaftszweige	Industrie	Beteiligungsgesellschaften
...Polen	73,21	19,36	34,86
...Portugal	21,95	9,29	8,38
...Rumänien	18,82	3,85	11,85
...Slowakische Republik	30,89	11,06	14,07
...Spanien	94,24	28,64	48,14
...Tschechische Republik	85,88	26,32	39,91
...Ungarn	66,34	26,27	30,03

Quelle: Deutsche Bundesbank, Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2011 in Milliarden Euro

Nach Griechenland, das in der Tabelle nicht einzeln aufgeführt ist, sind im gleichen Zeitraum ca. 20 Mrd. Euro geflossen (Deutsche Bundesbank).

Der riesige Kapitaltransfer führte durchaus zu wirtschaftlicher Euphorie und zu hohen Wachstumsraten in den Peripherieländern. Sie trafen dort auf extrem niedrige Arbeitskosten.

Diese Kombination, Kapitalzufluss plus niedrige Arbeitskosten, führte zu einem relativen Aufschwung und auch zu einem gewissen Wachstum des Wohlstands. Insgesamt ist das Pro-Kopf-Einkommen in den Jahren 2003-2007 in den meisten EU-Ländern gestiegen, aber gleichzeitig haben sich die Lebenshaltungskosten auch verteuert, so dass ein Teil des Zuwachses wieder aufgezehrt wurde.

Arbeitskosten 2003 in ausgewählten Ländern	
Griechenland	13,37
Portugal	9,6
Spanien	14,21
Lettland	2,37
Litauen	3,1
Estland	4,01
Slowakische Republik	4,02
Tschechische Republik	4,47
Ungarn	5,08

Quelle: Eurostat, Arbeitskosten pro Stunde

Die Tabelle gibt Zahlen für einige ausgewählte Länder nach den drei Gruppen.

Land	Wachstumsrate des BIP 2003 -2007	Wachstum Preisniveau EU 27 Durchschnitt =100	
Tschechische Republik	21,0%	57-62	III.
Estland	45,0%	62-72	
Ungarn	7,5%	58-66	
Polen	25,6%	54-64	
Griechenland	12,5%	86-89	II.
Spanien	5,1%	88-92	
Portugal	1,5%	86-85	
Deutschland	-5,6%	106-103	I.
Niederlande	12,1%	108-103	
Vereinigtes Königreich	7,5%	108-110	

Eigene Tabelle, alle Daten: Eurostat

Das BIP stieg in vielen Ländern zwar kräftig an. Allerdings ist das Bruttoinlandsprodukt eine wenig aussagekräftige Größe, weil es nichts über Lebenshaltungskosten und Einkommensverteilung aussagt. Außerdem sagt es nichts aus über die Struktur des Zustandekommens. Spielhöllen, Bordelle und Gefängnisse, genauso gut wie äußerst riskante Geldgeschäfte, bilden das BIP mit. Deswegen ist es wichtig zu schauen, aus welchen Sektoren der Volkswirtschaft das BIP erwächst. Besonders wichtig ist dabei die Stellung der Industrie. Hier hat es bedeutungsschwere Veränderungen ergeben, denn der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung ist in vielen Ländern dramatisch gesunken.

Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung		
Land	1998	2008
Belgien	22,9	17,9
Bulgarien	26,7	21,9
Tschechische Rep.	31,2	31,3
Dänemark	20,4	20,5
Deutschland	25,3	25,6
Estland	22,2	20,6
Irland	34,8	25,3
Griechenland	...	13,6
Spanien	21,8	17,3
Frankreich	18,4	13,8
Italien	24,4	20,8
Zypern	13,0	10,2
Lettland	21,5	13,8
Litauen	23,6	22,2
Luxemburg	14,6	9,7
Ungarn	28,2	24,9
Malta	23,1	17,7
Niederlande	19,9	19,7
Österreich	22,9	23,2
Polen	24,9	23,1
Portugal	21,5	17,6
Rumänien	29,1	25,6
Slowenien	29,8	25,1
Slowakische Republik	27,4	28,1
Finnland	28,4	24,9
Schweden	25,1	22,8
Vereinigtes Königreich	23,4	17,6

Industriell starke Länder blieben vor allem Deutschland, Österreich, die Tschechische Republik u.a., während unter anderem Frankreich, Spanien, England stark Industrie verloren. Das wurde kompensiert durch einen hohen Zuwachs an Finanzdienstleistungen. Diese nahmen auch in Deutschland zu, aber nicht in dem Ausmaß, wie in anderen Kernländern der EU.

### Kompensation durch Finanzdienstleistungen

Aufgrund dieser strukturellen Verschiebungen spricht Joachim Becker in seinem Artikel „Von der Wirtschafts- zur Integrationskrise“ in der Zeitschrift „Z“ (Nr. 85, März 2011) von einer Polarisierung in der innereuropäischen Arbeitsteilung zwischen einem um Deutschland herum gruppierten „neo-merkantilistischem“ Block. Diesen bilden die eng mit Deutschland verflochtenen BeNeLux-Länder, Österreich, sowie ...vor allem die

Tschechische Republik und die Slowakische Republik, in geringerem Maße Polen und Ungarn und Slowenien sowie Norditalien“. Daneben seien die skandinavischen Länder, besonders Schweden, stark neo-merkantilistisch, also auf Erzielen von Exportüberschüssen ausgerichtet. (a.a.O. S.13)

Dem gegenüber stehen die stark finanzierten Ökonomien, besonders das Ver. Königreich und Irland, etwas moderater aber auch Frankreich und die Länder des Baltikums.

Dass Deutschland sich an die Spitze des „neo-merkantilistischen“ Blocks setzen konnte, liegt daran, dass es von Anfang an über die produktivste und schlagkräftigste Wirtschaft verfügte. Dieser Vorsprung wurde durch die brutale Arbeitsmarkt- und Umverteilungspolitik der Schröder-Fischer-Regierung weiter ausgebaut. Durch gewaltigen Druck auf die Löhne konnte Deutschland sich erhebliche Kostenvorteile gegenüber seinen klassischen Konkurrenten verschaffen. Am klarsten drückt sich das in den Lohnstückkosten aus.

Kompensation durch Finanzdienstleistungen		
Land	Industrie	Finanzdienstleistung
Ver. Königreich	-5,8	+5,9
Luxemburg	-4,9	+7,3
Lettland	-13,9	+8,8
Italien	-3,7	+4,9
Frankreich	-4,6	+4,1
Irland	-9,5	+7,7

Eigene Berechnung. Quelle: Eurostat

Veränderung der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft Von 1998 zu 2011 in Prozent	
Bulgarien	+3,9
Deutschland	-17,7
Estland	+38,7
Irland	+7,5
Griechenland	+10,9
Spanien	+7,0
Frankreich	+3,5
Italien	+9,0
Zypern	+8,9
Luxemburg	+10,6
Malta	+7,5
Niederlande	+3,9
Österreich	-7,5
Slowenien	+5,1
Slowakei	+78,9
Finnland	+0,3

Quelle: Bundesbank Statistik Oktober 2011

Diese ökonomische Situation führte zu einem starken Auseinanderdriften der Handels – und Leistungsbilanzen in Europa.

**Entwicklung der Handelsbilanzen (Güter –und Dienstleistungen) von 2002 bis 2010 akkumuliert  
in Mrd. Euro**

LAND	-	+
Österreich		142,1
Belgien		130,2
Tschechische Rep.		44,2
Dänemark		104,1
Estland	5,4	
Finnland		9,3
Frankreich	235,9	
Deutschland		1.435,5
Griechenland	259,7	
Ungarn		7,1
Island	6,5	
Irland		240,3
Italien	50,2	
Luxemburg		114,8
Niederlande		471,4
Polen	60,5	
Portugal	151,2	
Slowakische Rep.	12,3	
Slowenien	2,1	
Spanien	467,7	
Schweden		223,7

Eigene Berechnung, Quelle: OECD Statistic

**Wie hat sich nun diese Konstellation in der Wirtschaftskrise ausgewirkt?**

Warum hat sich daraus in einigen Ländern eine tiefe Staatsschuldenkrise entwickelt?

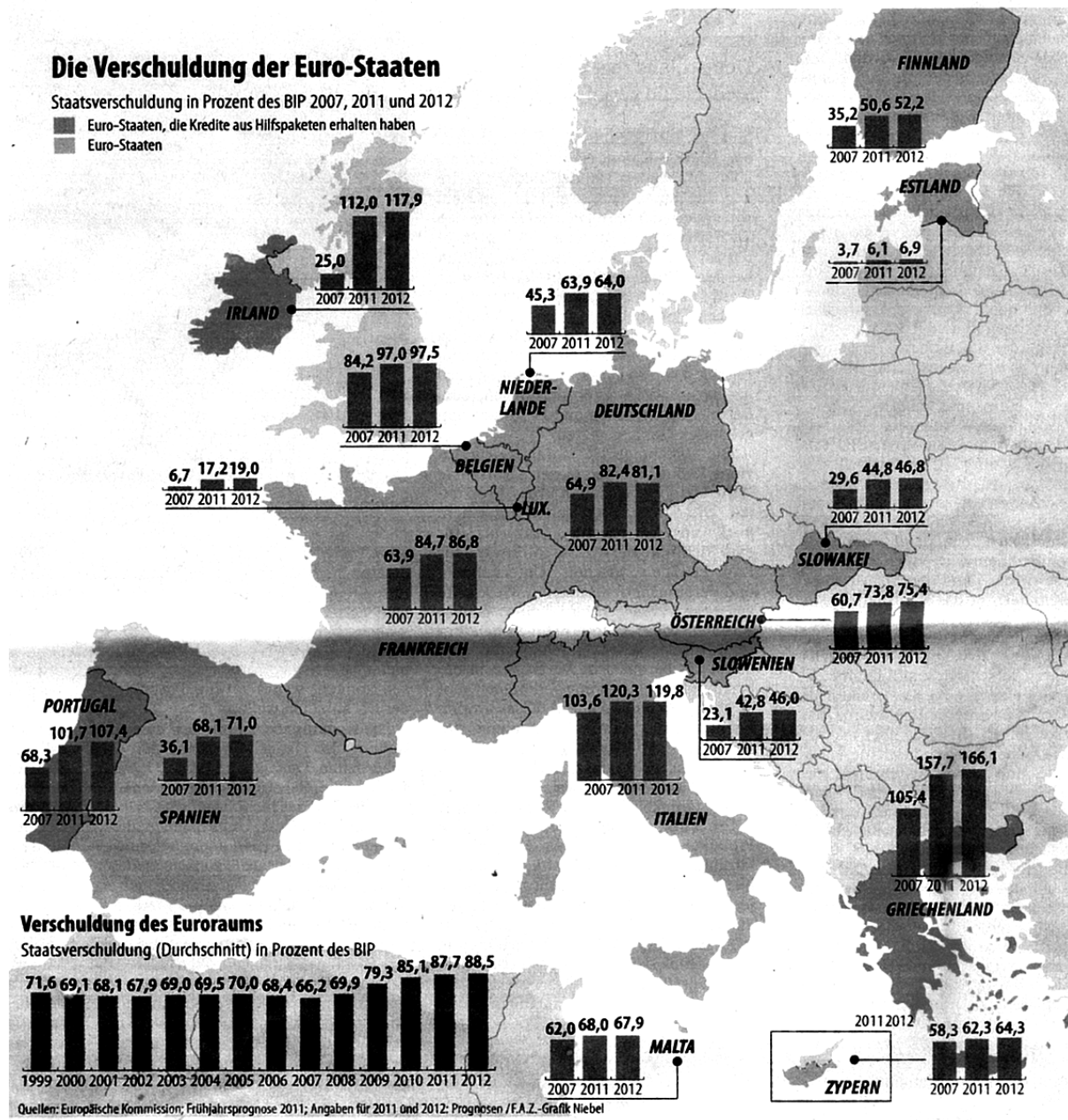
<b>Abschwung der BIP in den Jahren 2008/2009</b>	
Belgien	-3,8
Bulgarien	-11,7
Tschechische Rep.	-6,6
Dänemark	-4,1
Deutschland	-6,2
Estland	-10,6
Irland	-4,0
Griechenland	-3,0
Spanien	-4,6
Frankreich	-2,6
Italien	-3,9
Lettland	-14,4
Litauen	-17,8
Luxemburg	-5,0
Ungarn	-7,5
Malta	-7,1
Niederlande	-5,3
Osterreich	-5,2
Polen	-3,5
Portugal	-2,5
Rumänien	-14,4
Slowakische Rep.	-11,6
Finnland	-9,2
Schweden	-4,6
Zypern	-5,3
Vereinigtes Königreich	-4,8
Island	-8,0
Norwegen	-2,4
Schweiz	-4,0
USA	-3,2

Eigene Berechnung, Quelle: OECD Statistic

In der Rezession brach die Wirtschaftsleistung aller EU-Länder in unterschiedlicher Schwere ein. Im „neo-merkantilistischen“ Bereich um Deutschland betrug der Abschwung durchschnittlich 6 %. Am schärfsten wurden die baltischen Staaten mit einem Abschwung bis zu einem Viertel der Wirtschaftsleistung getroffen. In der südlichen Peripherie war der Abschwung zuerst noch vergleichsweise moderat. Besonders tief wurden aber auch Irland, Rumänien und die Slowakische Republik von der Krise erfasst.

Um ihre Volkswirtschaften zu stabilisieren und ihre Banken und Aktienkurse und damit den Reichtum der besitzenden Klasse vor dem heftigen Niedergang zu retten, intervenierten die Staaten nach ihren Möglichkeiten in sehr unterschiedlicher Weise. Insgesamt wurden im Weltmaßstab ca 4,5 Bill. Dollar aufgewendet, um vor allem das Bankwesen zu stabilisieren und durch Wiederherstellung seiner Kreditwürdigkeit die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen. Dadurch gelang es einigen Ländern rascher als anderen, aus der tiefen Rezession herauszukommen. Länder, deren Möglichkeiten zur Krisenintervention weit beschränkter waren, verharren länger in der Krise und mussten fremde Hilfe anfordern. Lettland und Ungarn waren schon 2008 die ersten Länder, die den IWF um Hilfe an-

suchten und die dafür die ersten drakonischen Sparprogramme akzeptieren mussten. Die allgemeine Folge der Krisenintervention durch die Staaten war aber eine weitere und signifikante Verschuldung der öffentlichen Haushalte. In einigen Staaten brach jetzt erst die Staatsschuldenkrise aus.



## Was sind die Auslöser einer Staatsschuldenkrise?

Ob ein Land als „risikoreich“ angesehen wird oder nicht, liegt nicht allein an der Höhe seiner Staatsschulden. Das am höchsten verschuldete Land ist Japan, und auch die USA sind höher verschuldet als die meisten europäischen Staaten. Das „Misstrauen“ oder die Kreditwürdigkeit liegt auch nicht nur in seiner negativen Leistungsbilanz, sondern in der Einschätzung seiner Wirtschaftskraft und in der Struktur seiner Verschuldung.

Staatsschulden sind grundsätzlich immer das Ergebnis von zu großen Ausgaben im Verhältnis zu geringen Einnahmen. Staatsschulden entstehen durch öffentliche Investitionen, durch Subventionen und Garantien für die private Wirtschaft, durch Bildungsausgaben, Sozialausgaben, Militärausgaben u.a. Diese Ausgaben können durch Fremdkapital finanziert werden (ausländisches oder inländisches) oder durch eigene Steuern. Ein Charakteristikum der Haushaltspolitik des letzten Jahrzehnts ist der Wettbewerb um sinkende Steuersätze, mit dem Ziel, Fremdkapital ins Land zu locken. Das nennt man Standortattraktivität. Das führte vor allem international zu einem Rückgang der Kapitaler-

tragssteuer. Deutschland ist mit dem Hebesatz von 15,83 % Körperschaftssteuer + Soli weit unten in Europa angesiedelt. Stolz schreibt dazu das Bundesministerium für Finanzen: „Deutlich zeigt sich: Durch die Unternehmenssteuerreform 2008 haben sich die deutsche Position im internationalen Vergleich und somit die Standortattraktivität Deutschlands erheblich verbessert. Die zum 1. 1. 2008 vorgenommene Absenkung des Körperschaftssteuersatzes von 25 % auf 15 % hat zur Folge, dass nur noch die Schweiz, Bulgarien, Zypern und Irland niedrigere Körperschaftssteuersätze aufweisen.“ (Bundesministerium für Finanzen: „Die wichtigsten Steuern ...“ 2011).

Grundsätzlich sind sinkende Steuern für Unternehmen und Reiche eine gravierende Ursache der Staatsschuld. Bei der krisenhaften Auswirkung spielt aber auch eine wichtige Rolle, bei wem die Verschuldung erfolgt, ob im eigenen Land oder im Ausland. Wichtig ist auch, wie der allgemeine Verschuldungsstand der Bürger ist.

Japan hat eine starke Industrie, ist vor allem bei eigenen Banken und Versicherungen verschuldet und die Privatguthaben seiner Bürger sind hoch. Deswegen wird trotz der schleppenden Konjunktur und der Atomkatastrophe nicht an Japans Bonität gezweifelt.

Die Gläubiger der USA sind in viel größerem Maße ausländische Staaten und Banken, und die private Verschuldung der Bürger der USA ist sehr hoch. Deswegen gilt die USA als gefährdeter und hat das Best-Rating verloren.

Im allgemeinen gilt, dass eine Staatsverschuldung von über 90 % im Vergleich zum BIP als Risiko eingeschätzt wird. Aber auch da ist wieder entscheidend, wie die industrielle Kraft, das Anlagevermögen und der Reichtum der Bürger gewichtet werden. Die internationalen Kreditgeber und die ihre Interessen vertretenden Rating-Agenturen handeln nicht irrational, sondern legen ihren Urteilen harte Fakten zu Grunde.

### **Warum befindet sich Griechenland in der Staatsschuldenkrise und was ist mit den anderen PIIGS-Staaten?**

An erster Stelle wird immer wieder die negative Handelsbilanz genannt. Akkumuliert von 2000 bis 2009 hat Griechenland 286,2 Mrd. Dollar mehr eingeführt als ausgeführt (Quelle: OECD-Statistic). Allein 2008 betrug das Minus in der Leistungsbilanz 35,0 Mrd. Euro (im Vergl.: Deutschland +164,9 Euro. Quelle: Eurostat).

Ähnlich kritisch entwickelte sich die Kapitalbilanz. Auch sie ist im Zeitraum 2000-2008 stetig negativ und akkumuliert sich zu 47,3 Mrd. Dollar (OECD). Während der gesamten Periode sank der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung. Textil-, Leder- und Schuhindustrie sind stark rückläufig. Den höchsten Anteil an der Bruttowertschöpfung hat mit 25,5 % der Handel. 1/5 der Welthandelsflotte fährt unter griechischer Flagge. Es folgen Finanzdienstleistungen mit 22 %, der Tourismus mit 21,3 %. In der Krise brach der Handel stark ein (der Welthandel ging um 50 % zurück) und der Tourismus war stark rückläufig. Auch die Finanzdienstleistungen waren von der Krise stark betroffen. Das führte zu großen Steuerausfällen. Der schon stark überstrapazierte Staatshaushalt brach ein. Schon über viele Jahre hatte sich der Staatshaushalt mit Kreditaufnahmen finanziert in einer auch im Vergleich mit anderen Ländern extrem hohen Weise.

Neuverschuldung in Prozent zum BIP, Maastricht-Kriterium 3,0 %					
2004	2005	2006	2007	2008	2009
-7,4	-5,2	-6,0	-6,7	-9,8	-15,8

In der Krise stieg, wie die Tabelle oben zeigt, der Bedarf an Fremdkapital extrem. Die Banken aber waren nicht mehr bereit, ihre Gelder zu verleihen, weil ernste Zweifel bestanden, ob Griechenland die Zinsen für das schon vorher geliehene Kapital würde bedienen können. Um die notwendigsten Mittel zu beschaffen, musste Griechenland immer höhere Zinssätze akzeptieren. Im Frühjahr 2010 stand Griechenland vor dem Staatsbankrott. Deswegen rief die griechische Regierung die Europäische Kommission und den IWF um Hilfe an. Am 3. Mai beschlossen die Eurozonen-Länder und der IWF, das Land sozusagen vom Markt zu nehmen und mit 110 Mrd. Euro zu unterstützen.

Im Frühjahr 2010 stellte sich aber auch heraus, dass Griechenland nicht das einzige Land war, das Hilfe bedurfte. Auch aus Portugal, aus Irland, aus Spanien, und zuletzt auch aus Italien kamen Horrormeldungen. In allen diesen Ländern drohte die Zahlungsunfähigkeit des Staates.

Jedes dieser Länder hat eine eigene Geschichte und Struktur der Krise, aber allen gemeinsam ist eine durch die wirtschaftliche Talfahrt immens gestiegene Staatsschuld und damit die drohende Zahlungsunfähigkeit.

Dazu kommen als Krisenländer noch die baltischen Staaten, Ungarn und Slowenien und im Norden Island.

Inzwischen fallen auch die ersten Schatten auf Frankreich. Mit 53 Milliarden ist die Zinslast zum größten Haushaltsposten geworden und Frankreich droht sein „AAA“-Rating zu verlieren. Auch Belgien gilt wegen seiner hohen Staatsschulden als gefährdet.

**Die Krise der Staatshaushalte betrifft in erster Linie die Banken.** Viele Staaten haben sich lang fremdfinanziert. An erster Stelle steht in dieser Frage Griechenland. Bei Zahlungsausfall sind die Banken, die die Staatsanleihen gekauft haben, ernsthaft bedroht. Deswegen entwickelt sich die Staatsschuldenkrise auch zur allgemeinen Bankenkrise.

Staatsschulden bei ausländischen Banken, 3. Quartal 2010 im Mrd. Dollar

	Griechenland	Portugal	Spanien	Irland
Deutsche Banken	40,3	40,0	200,9	154,1
Franz. Banken	63,3	37,4	183,1	44,7
Amerik. Banken	6,9	4,5	51,6	59,7

(Quelle: FAZ 5. 6. 2011)

Die großen Bankhäuser in den Kernländern Europas haben nicht das geringste Interesse daran, dass ihre Kapitalanlagen entwertet werden. Da das aber objektiv einzutreten droht, setzen sie alles daran, die Eurozone stabil zu halten und drängen darauf, dass die Staaten mit guter Bonität die Rückzahlung der Schulden der Staaten mit geringer Bonität garantieren. Hier verbindet sich das Interesse des Bankkapitals direkt mit dem Interesse der großen Konzerne, die vom Euroraum und der EU als Absatzmarkt für ihre Waren und

als Kapitalanlegeland profitieren. Die gegenwärtige Politik der Regierungen zur Behebung der Staatsschuldenkrise ist von diesen Interessen gesteuert.

Auch die Wiederherstellung intakter und handlungsfähiger Staatshaushalte ist in ihrem grundlegenden Interesse, weil sie, solange Zahlungsfähigkeit besteht, an Staatsschulden glänzend verdienen. Sie leihen sich von Notenbanken zu geringen Zinssätzen Geld und verleihen dieses Geld mit kräftigen Aufschlägen an die Staaten zu deren Finanzierung. Das ist ein glänzendes und stabiles Geschäft, solange die Staaten solvent bleiben.

Auf Grund dieser Interessenlage hatten sich die Banken unter Führung des Weltbankverbandes IIF (Vorsitzender Ackermann) bereit gefunden, sich an der Finanzierung Griechenlands in bescheidenem Umfang zu beteiligen. Sie willigten in einen Umtausch von Staatsanleihen in langjährige Anleihen mit festem Kurswert ein und akzeptierten dabei eine Wertberichtigung auf 79 % (der Handelswert liegt weit darunter). Dafür erhalten sie eine Staatsgarantie für eine Rendite von mindestens 3,5 %. Diese Vereinbarung ist inzwischen Makulatur. Die Verschuldung Griechenlands erwies sich als noch viel gravierender und die Staatspapiere sanken weiter im Kurswert. Deswegen wird jetzt von den Banken eine Wertberichtigung von 50 % verlangt als Beihilfe zum Krisenmanagement. Weil die Europäische Zentralbank (EZB) seit dem Sommer in großem Umfang stark gesunkene Staatspapiere aufkauft haben viele Banken sich schon von ihren maroden Papieren getrennt. Dadurch wird der Übergang des Risikos von den Banken auf die Bürger befördert. Spötter vermuten, man zögere die Insolvenz Griechenlands so lange hinaus, bis auch die letzte Großbank keine Griechenlandpapiere mehr hält. So arbeiten Politik und EZB im Interesse der Banken, um deren Absturz zu verhindern.



#### FINANZSPRITZEN

Die politischen Maßnahmen zur Rettung des Euros, der Staatsschuldenländer und der Banken sind sehr gut in einem Überblick in der FAZ vom 1. 9. 2011 dargestellt:

## Kurze Geschichte der Euro-Rettung

Die Rettungspolitik für den Euro begann im vergangenen Mai, als zunächst Griechenland Kredite in Höhe von 110 Milliarden Euro für drei Jahre gewährt wurden. Dafür gab es keine neue Behörde, es handelte sich um bilaterale Kredite. Der Internationale Währungsfonds (IWF) übernahm 30 Milliarden Euro, der Rest wurde unter den damals solventen Euroländern aufgeteilt. Der deutsche Anteil betrug 22,4 Milliarden Euro, die als Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau ausgereicht werden. Der Bund bürgt dafür.

Nur wenige Tage danach hatten aber auch andere Euro-Staaten (Portugal, Spanien, Irland) Probleme, so dass die Staats- und Regierungschefs der Euroländer am 7. Mai 2010 einen Rettungsschirm für die gesamte Eurozone einrichteten. Es entstand die „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF), die Kredite an alle Euro-Staaten ausgeben darf, allerdings nur bis Mitte 2013. Die EFSF kann bis zu 440 Milliarden Euro ausleihen. Deutschland bürgt zunächst für bis zu 119 Milliarden Euro. Zu den Rettungsmaßnahmen gehören außerdem der „Europäische Finanzstabilisierungsmechanismus“ (EFSM) in Höhe von 60 Milliarden Euro, der durch den EU-Haushalt besichert wird, und ein Beitrag des IWF in Höhe von 250 Milliarden Euro. Insgesamt umfasst der Rettungsschirm damit 750 Milliarden Euro. Irland nimmt die Hilfe des Schirms im November 2010 in Anspruch, Portugal im Mai 2011.

Im März 2011 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU, nach Auslaufen von EFSF und EFSM einen dauerhaften Rettungsschirm zu schaffen, der „Europäischer Stabili-

tätsmechanismus“ (ESM) heißen soll. Er wird über eine Kapitalbasis von 700 Milliarden Euro verfügen, wovon 80 Milliarden aus Bareinlagen der Euro-Staaten stammen sollen. Deutschland soll hier über fünf Jahre verteilt 22 Milliarden Euro einzahlen.

Der Rest wird über Bürgschaften abgesichert. Der ESM wird „in Ausnahmefällen“ auch auf dem Primärmarkt eingreifen dürfen, also Staatsanleihen von Regierungen kaufen. Für die Schaffung des ESM wurden die EU-Verträge geändert.

Die EFSF, die ja noch für zwei weitere Jahre läuft, bekam in der Zwischenzeit das Problem, dass sie nicht über die volle Kreditsumme von 440 Milliarden Euro verfügen kann, weil nicht alle daran beteiligten Euroländer das benötigte AAA-Rating haben. Um die 440 Milliarden komplett verwenden zu können, wurde vereinbart, die Garantiesumme auf bis zu 780 Milliarden Euro zu erhöhen. Deutschland bürgt damit nun für 211 Milliarden Euro. Dem hat am Mittwoch das Bundeskabinett zugestimmt.

Nachdem klar wurde, dass Griechenland mehr Kredite braucht, beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Euro-Gruppe am 21. Juli ein zweites Hilfsprogramm für das Land in Höhe von 109 Milliarden Euro (einschließlich eines noch nicht bezifferten Anteils des IWF). Diesmal soll das Geld nicht aus bilateralen Krediten, sondern aus der EFSF stammen. Die Zinsen werden gesenkt, die Laufzeiten verlängert, auch für Portugal und Irland.

Außerdem erhielten die EFSF und ihr Nachfolger ESM neue Kompetenzen: Sie dürfen nun vorbeugend tätig werden, Finanzinstitutionen in Län-

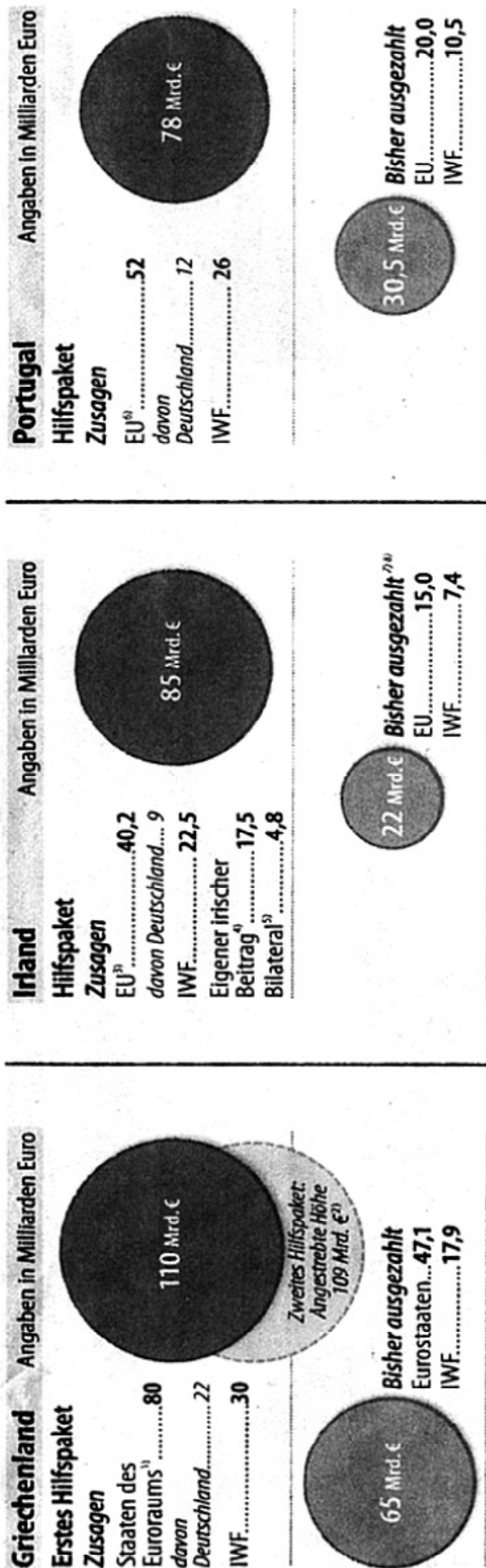
dern außerhalb des Rettungsschirms stützen und alte Staatsschulden auf den Sekundärmärkten aufkaufen. Der französische Präsident Sarkozy sah die EFSF/ESM nach diesen Beschlüssen auf dem Weg zu einem Europäischen Währungsfonds. Den neuen Kompetenzen hat das Bundeskabinett am Mittwoch zugestimmt.

Kredite gab es für Griechenland, Portugal und Irland nur gegen Sparauflagen. Parallel dazu kaufte die Europäische Zentralbank auf den Märkten immer wieder Anleihen von bedrängten Euroländern auf, um deren Zinslast zu senken.

Schließlich gibt es einige Initiativen, um die Haushalte überall im Euroraum zu sanieren und die Wettbewerbsfähigkeit der 17 Länder zu heben. Dazu gehört das bereits in Kraft getretene „Europäische Semester“, bei dem die nationalen Haushalte vor Verabschiedung von der EU-Kommission begutachtet werden. Noch nicht verabschiedet ist eine Neufassung des Stabilitätspakts, die unter anderem schneller und automatischer zu Sanktionen für Defizitsünder führen soll. Bundeskanzlerin Merkel hat einen „Euro-Plus-Pakt“ durchgesetzt, in dem die Staats- und Regierungschefs etwa Renten- oder Finanzsektorreformen verabreden wollen.

Schließlich tritt Frau Merkel gemeinsam mit Sarkozy dafür ein, eine Wirtschaftsregierung in der Eurozone zu gründen, worunter mindestens zwei Gipfeltreffen im Jahr verstanden werden. Eurobonds wurden bisher nicht eingeführt. Zuletzt haben sich neben der Bundesregierung auch Frankreich und EU-Währungskommissar Rehn gegen sie ausgesprochen. (nbu.)

## Bisherige Hilfspakete für Griechenland, Irland und Portugal



1) Bilaterale Zusagen (Keine Beteiligung des Europäischen Finanzstabilisierungsfonds (EFSF)). 2) Genaue Höhe steht wegen offener Beteiligung privater Gläubiger noch nicht fest. 3) Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) 22,5 Milliarden Euro, EFSF 17,7 Milliarden Euro. 4) Aus den nationalen Pensionsfonds und der Barreserve des Finanzministeriums. 5) Großbritannien 3,8 Milliarden Euro, Schweden 0,6 Milliarden Euro und Dänemark 0,4 Milliarden Euro. 6) EFSM und EFSF jeweils 26 Milliarden Euro. 7) Ohne Irland und bilaterale Zahlungen. 8) Die Auszahlung weiterer 5,5 Milliarden Euro ist bereits beschlossen.  
 Quellen: Europäische Kommission; IWF; EBA; Bloomberg; F.A.Z.-Archiv; eigene Berechnungen

## Wie ist der aktuelle Stand (1. Oktober 2011)?

Die bisherigen Rettungspakete haben nicht dazu geführt, die Finanzsituation zu stabilisieren.

Griechenland ist nach wie vor nicht in der Lage, eigene Anleihen zu vertretbaren Zinsen auf dem Markt zu plazieren. Die Rating-Agenturen haben griechische Anleihen auf den Ramschstatus heruntergestuft. Die Kreditausfallversicherungen (Derivate) für Griechenland-Papiere erreichen astronomische Höhen. Die Diskussionen um Insolvenz, Schuldenschnitt und sanfte Umschuldung gehen intensiv weiter. Auch die Staatsanleihen von Spanien, Portugal und Italien verkaufen sich schlecht. Es werden hohe Renditen für diese Papiere verlangt, während der Zinssatz für deutsche Anleihen auf 1,5 % gefallen ist. Da die Angst um sich greift, geht die Sicherheit vor.

Inzwischen geraten auch die Banken, die Staatsanleihen der PIIGS-Staaten halten, in die Krise und werden von Rating-Agenturen abgestuft (das betraf zuerst die französischen Großbanken Credit Agricole und Société Generale. Aber inzwischen geraten immer mehr europäische Groß-

banken in den Strudel und werden von Rating – Agenturen abgestuft). Es wird immer deutlicher, dass sich die Staatsschuldenkrise zu einer neuen gewaltigen Bankenkrise entwickelt. Vor allem der IWF hatte moniert, dass die europäischen Banken stark unterfinanziert und deswegen krisenanfällig sind. Der IWF schätzt den Mangel an Eigenkapitalsubstanz auf 200 Mrd. Euro. Auch das wiederum die Folge davon, dass aus der letzten Krise keine Konsequenzen gezogen wurde. Die Banken untereinander trauen sich nicht mehr. Das Verleihgeschäft kommt zum Erliegen.

### **Die Regierungspolitiker sind ratlos und verstritten**

Die Mehrheit der Ökonomen Deutschlands befürwortet eine Insolvenz Griechenlands. Das sei für Deutschland am billigsten. Demgegenüber behauptet die Politik, die Insolvenz Griechenlands würde zur Insolvenz weiterer Staaten und damit zum Zusammenbruch der Euro-Zone führen. Deswegen bestehe zur Rettung Griechenlands keine Alternative. Diese Position vertreten vor allem Frankreich, Deutschland und die Europäische Kommission. Dies ähnelt sehr der Argumentation bei der Bankenkrise. Auch dort wurde argumentativ ein Zusammenbruchsszenario beschworen. Aber diese Position ist eindeutig auch der Standpunkt der großen Banken und Konzerne – also des europäischen Monopolkapitals. Schon am 18. 6. 2011 haben deutsche und französische Wirtschaftsmanager mit einer Großanzeige mit dem Titel: „Der Euro ist notwendig“ direkt in die Debatte eingegriffen. In ähnlicher Weise haben sich inzwischen die großen Wirtschaftsverbände BDA und BDI zu Wort gemeldet und eigene Vorschläge zur Rettung der Eurozone, die es um jeden Preis zu verteidigen gelte, unterbreitet. So legte z. B. Arbeitgeberpräsident Hundt einen „5-Punkte-Plan für Maastricht II“ vor. Um Einfluss auf die Entscheidung des Bundestages zum EFSM zu nehmen, haben sich BDA, BDI, der DIHT und die Handwerkskammer zusammengeschlossen, um mit einem gemeinsamen Brief an die Bundestagsabgeordneten für die Annahme des Rettungspaketes zu werben.

Die am weitesten greifenden Forderungen hat der BDI formuliert. In seinem Thesenpapier vom 7. 9. 2011 fordert der BDI einen „politisch unabhängigen Fiskalfonds (EFF)“, dessen Unterstützungszahlungen an „Sicherheiten und strikte wirtschaftspolitische Auflagen“ gebunden werden. Dem BDI gehen die bisherigen politischen Forderungen zur Unterwerfung der Peripherie nicht weit genug, obwohl sie nach seiner Ansicht in die richtige Richtung gehen. Diese Richtung ist am deutlichsten in dem „Euro-Plus-Pakt“ vom März 2011 festgelegt. In Vorbereitung auf diesen Pakt hat die Bundesregierung ein 6-Punkte-Programm vorgeschlagen, um die Spardiktate zur allgemeinen Linie der europäischen Wirtschaftspolitik zu machen:

1. Die Abschaffung der Lohnindexierung (d.h. Lohnbindungen z. B. an die Inflationsrate werden untersagt).
2. Einigung über die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen zur Förderung der Arbeitsmarktmobilität in Europa.
3. Einsatz für die Schaffung einer einheitlichen Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage.
4. Anpassung des Rentensystems an die demografische Entwicklung (z. B. Renteneintrittsalter).

5. Verpflichtung zur Verankerung einer Schuldenbremse in die Verfassungen aller Mitgliedsländer.
6. Einführung nationaler Krisenbewältigungsregimes für Banken.

(zit. nach: Andreas Fiesahn, Die Europäische Union auf dem Weg in eine autoritäre Wirtschaftsregierung, in Z, Nr. 87, Sept. 2011, S. 18)

Die meisten dieser Forderungen sind in den „Euro-Plus-Pakt“ eingegangen. In üblicher deutscher Weise macht sich die Bundesregierung zum Musterbeispiel für „Good Governance“ und fordert die anderen europäischen Länder auf, mal wieder am deutschen Wesen zu genesen.

Wenn sich Frau Merkel heute noch gegen Euro-Bonds ausspricht, dann nicht, weil sie nicht kommen sollen, sondern weil sie bis dahin noch mehr Druck ausüben will zur Durchsetzung eines weitergehenden politischen Ziels. Das ist:

Die Installierung einer europäischen Wirtschaftsregierung unter deutsch-französischer Führung mit der weitreichenden Kompetenz einheitliche Regelungen für Wirtschafts- und Steuermanagement zu erlassen. Gegenüber Abweichlern sollen starke und automatische Sanktionsmechanismen greifen.

Alle Reden über die Ursache der gegenwärtigen Europa-Krise stimmen darin überein, dass die bisherige Integration daran krankte, dass keine Wirtschaftskompetenz auf der Ebene der Europäischen Kommission installiert und dass deswegen keine gemeinsame Wirtschaftspolitik verfolgt worden wäre. Das müsse geändert werden. Folgende Vorschläge sind in der Diskussion:

Europa müsse sich zum einheitlichen Wirtschaftsraum weiterentwickeln. Die EZB müsse mehr Kompetenzen erhalten und ähnlich stark wie die US-Notenbank werden. Eine Art Europäischer Wirtschaftsfonds wie der IWF sei zu schaffen. Vor allem aber brauche man eine Wirtschaftsregierung mit der Autorität, Länder, die die Konvergenzkriterien verfehlen und dadurch in Notlage geraten, die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu nehmen und sie einer zentralisierten Wirtschaftsverwaltung zu unterwerfen. Nicht umsonst heißt das Leitungsorgan des geplanten ESM Gouverneursrat, denn die wegen ihrer „wirtschaftlichen Unfähigkeit“ entstaatlichten Räume werden in der Tat zu „Generalgouvernements“.

Mit dem ESM und dem Euro-Plus-Pakt werden die zentralistischen Kräfte in der Euro-Zone erheblich gestärkt. Das Europa der Monopole entwickelt sich weiter in die dirigistische, autoritäre Regierung einer Oligarchie aus Bankern, Wirtschaftsmanagern und Politikfunktionären. Auch hier bestätigt sich wieder Lenins grundsätzliche Einschätzung, dass Monopolkapital Verletzung der bürgerlichen Demokratie und Reaktion bedeutet.

Ob die Maßnahmen aus der Krise führen ist allerdings ungewiss. Die „Hilfspakete“ zwingen die davon betroffenen Staaten zu extremen Sparprogrammen, die vor allem die breiten Massen und die ärmsten Schichten treffen. In Griechenland geht man davon aus, dass die Lebensbedingungen der griechischen Normalbürger schon um eineinhalb Monatslöhne gesenkt wurden. Die Folge der Sparmaßnahmen aber ist eine weitere Vertiefung der Rezession. Die Löhne sinken, die Arbeitslosigkeit steigt. Die Folgen sind weniger Steuern, aber erhöhte Sozialausgaben. Die Staatsverschuldung steigt. Kaum jemand glaubt ernsthaft, dass die Länder der Peripherie sich mit solchen Maßnahmen erholen können. Die Reichen dagegen ziehen ihr Kapital ab und flüchten ins Ausland. So soll die

griechische Oligarchie allein auf Schweizer Banken 600 Mrd. Euro geparkt haben. (Junge Welt, 23. 9. 11, Gespräch mit Ilias Stamelos von der PAME).

Im Zentrum Europas starren die Reichen mit ihren überschüssigen Kapitalien darauf, welche Schnäppchen sie sich aus dem Ausverkauf griechischen Staatsbesitzes zuschlagen können: Häfen, Fluggesellschaften, Immobilien, Telekommunikation, Energieversorger, Wasserwerke und zuletzt ganze Inseln – das alles steht zum Ausverkauf und wird von ausländischen Gesellschaften unter den Nagel gerissen. Die Monopolisierung schreitet voran mit immer der gleichen Folge: wachsender Reichtum auf der einen, fortschreitende Armut auf der anderen Seite.

### **Aber auch den Reichen droht Ungemach.**

Die letzte Wirtschaftskrise ist noch nicht überwunden. Trotz aller Euphorie hat das BIP in Deutschland noch nicht den Stand des Vorkrisenjahres erreicht und die Industrierauslastung liegt insgesamt noch unter dem Stand von 2007 ( FAZ 18.10.2011; Herr Kannegießer von Gesamtmetall sagt: erst jetzt hat die Metallindustrie den Vorkrisenstand erreicht.). Und schon droht der neue Absturz. Das Wachstum hat sich im 3. Quartal auf 0,1 Prozent verlangsamt und die optimistischen Prognosen müssen nach unten korrigiert werden. Auch die Weltkonjunktur trübt sich ein. Die USA laborieren an einer Dauerkrise, Japan ist im Abschwung, nur die BRIC-Staaten legten zu; aber auch sie signalisieren Probleme, weil der starke Boom eine heftige Inflation auslöste und die Geldpolitik nun konjunkturdämpfend eingreifen muss. Außerdem befürchten sie durch einen Einbruch der Nachfrage in den Strudel einer weltweiten Krise zu geraten. Die Lage ist trübe.

Es stellen sich viele Fragen:

- 1) Wird Europa den nächsten wirtschaftlichen Einbruch aushalten?
- 2) Wie werden die Völker Europas sich gegen die Sparmaßnahmen und nationalen Ausverkäufe zur Wehr setzen?
- 3) Mit welcher Schärfe werden die Angriffe auf die Lebensbedingungen der Bürger fortgeführt?
- 4) Welche grundlegenden Einschätzungen und Lösungen in der Europa-Frage sind richtig?
- 5) Mit welchen Formen und Forderungen lassen sich Mobilisierungen erreichen?
- 6) Welche Widerstandspotentiale entfalten sich?
- 7) Welche Gefahren drohen von rechts?

usw.

22.10.2011

Tobias Weißert

(Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne)

auf dem Treffen des Bündnisses 31. Januar in Frankfurt